

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verlags-
Druck, U. Saitlichova u.

Telephone:
Tagesredaktion: 0793.
Nachredaktion: 0797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
klüglicherweise berechnet. Bei österrei-
chischen Einschaltungen Preisnachschlag.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

4. Jahrgang.

Dienstag, 1. Juli 1924.

Nr. 153.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh.

Gögendämmerung des Diktaturgedankens.

Der Herr der Schwarzhemden ist nervös. Das hat seine letzte Rede trotz der Drohungen, die sie enthielt, deutlich gezeigt. Knapp drei Jahre sind verflossen, seit der Faschismus aus der Laube gehoben wurde und schon zeigt er alle Spuren des Verfalls. Das hat mit einem Schlage das an Matteotti verübte schändliche Verbrechen auch Mussolini zum Bewußtsein gebracht. Das faschistische Attentat läßt sich in seiner Wirkung mit demjenigen von Sarajewo vergleichen. Es hat wie dieses Hochspannungen ausgelöst. Daß die Leiche des gemordeten Sozialistenführers unauffindbar ist und nicht die Ruhe des Friedhofs finden kann, trägt gewiß dazu bei, die Öffentlichkeit in Atem zu halten, aber die Ursache der Erschütterung der faschistischen Herrschaft, von der unseugbar gesprochen werden kann, liegt wo anders. Sie ist auch nicht in der Haltung der Opposition zu suchen. Mit Ausnahme der Kommunisten, die auch hier wieder ihr Universalmittel, die Parole des Generalstreiks, angewendet wissen wollen, nimmt die Opposition eine zuwartende gemäßigtere Stellung ein, weil Mussolini feierlich versprochen hat, die Verbrecher der gesetzlichen Strafe zuzuführen und weil sie der Regierung die volle Last der Verantwortung tragen lassen will. Der Faschismus hat tausende Gewalttaten und Verbrechen begangen, die das öffentliche Gewissen nicht aufzurütteln vermochten; wenn gerade diese Mordtat den Boden unter ihm schwankend und Mussolini nervös gemacht hat, so deshalb, weil er weiß, daß die feindliche Kraft, die ihn in die Hinterhand gedrängt hat, im eigenen Lager zu suchen ist.

In der Entwicklung des Faschismus lassen sich deutlich drei Perioden unterscheiden: die erste war jene des Einzelterrorismus, das war die Periode der individuellen Gewaltakte, der Mordanschläge, die zweite die des Massenterrorismus, die Zeit der Ueberfälle und „Strafexpeditionen“ gegen sozialistische Gewerkschaftshäuser, Redaktionen und sogar gegen ganze Städte, die dritte war die offene Revolte gegen den Staat mit dem Marsch nach Rom. In all dieser Zeit fand der Faschismus für seine Gewaltakte in der Zustimmung weiter Bevölkerungskreise seine Sanktion. Auch die Bourgeoisie in den anderen Ländern applaudierte Mussolini Beifall. Die revolutionären Spielereien der italienischen Volschewiken hatten alle Kräfte der Gegenrevolution aufgeweckt und vom Bürgertum wurde der von Mussolini organisierte Guerillakrieg des faschistischen Terrors als die Rettung von der Ungeheuerlichkeit, als das Mittel zur Wiederherstellung der gestörten Ordnung angesehen. Auch versprach der Faschismus, was der Demokratie bis dahin nicht gelungen war, in kürzester Frist zu befeitigen, was der Krieg an bösen Folgen zurückgelassen hatte. Die politische Unruhe der Vielen, nur Abzweifeln, begriff nicht, warum das Leben nach dem Kriege nicht dort wieder einsetzte, wo es zu Beginn des Krieges unterbrochen wurde und sie machten die Demokratie dafür verantwortlich. Da der Faschismus, ebenso wie dies das Falkenkreuzertum tut, die Wünsche der Menschen auf kürzestem Wege, nicht behindert durch den Parlamentarismus und das Parteienwesen zu erfüllen gelobte, so war es begreiflich, daß sich für ihn das gesamte politische Grünzeug begeisterte. Das Ganze erschien so fabelhaft leicht: der auseinandergehende Wille der Vielen wird abgeleitet und an seine Stelle der Wille des allweisen, allgerechten und allwissenden Diktators gesetzt. In der Tat schuf Mussolini bald „Ordnung“; der einzelne kann freilich alles rascher und ungehemmter tun, als eine vielköpfige Regierungsmehrheit. Für die Bourgeoisie wurde der Faschismus aber besonders deshalb ein Ideal, weil er die sozialistische Arbeiterbewegung tnebelte. Binnen kurzem stiegen die Industrie-
werte, die Löhne der Metallarbeiter, beispiels-

Deutschlands Antwort.

Annahme der Generalinspektion. — Deutschland bittet, sie am 30. September zu beenden. — Ablehnung des Gedankens an Krieg und heimliche Rüstung.

Berlin, 30. Juni. Der deutsche Botschafter in Paris ist beauftragt, heute dem Präsidenten der Völkervereinigung die Antwort der deutschen Regierung auf die Militärkontrollnote vom 28. Mai und das Schreiben Perriots und Macdonalds vom 24. Juni zu überreichen.

Die Note, die über sechs Schreibmaschinen-seiten umfaßt, weist nach einer eingehenden Darlegung der Stimmung des deutschen Volkes den Gedanken zurück, daß Deutschland irgendwie imstande wäre, in Europa bewaffnete Konflikte herbeizurufen. Sie stellt ausdrücklich fest, daß die deutsche Regierung von dem in ihren früheren Noten ausführlich dargelegten Rechtsstandpunkt nicht abgeht, vielmehr diesen Rechtsstandpunkt aufrecht erhält. Wenn sie daraus jetzt gleichwohl nicht die praktischen Folgerungen ziehe, so sei für sie hierbei die inzwischen eingetretene Veränderung der gesamten politischen Lage bestimmend. Unter Feststellung der ausdrücklichen Erklärung der alliierten Regierungen, daß es sich bei der geforderten Generalinspektion um den Abschluß der internationalen Militärkontrolle und um den Uebergang zu dem in Artikel 213 des Versailler Friedensvertrages vorgesehenen Verfahren handeln soll, sei daher die deutsche Regierung bereit, die Generalinspektion zuzulassen. Die deutsche Regierung setze aber voraus, daß über die Modalitäten der Durchführung der Generalinspektion eine Verständigung gefunden wird, die es ermöglicht, die Kontrolle in einer Weise durchzuführen, die bereits von dem Geiste erfüllt ist, der die Beziehungen der Völker regeln soll, im Geiste der Achtung und des vertrauensvollen Zusammen-

wirkens, ohne eine wirkliche Befriedigung dieser Beziehungen unbedenkbar ist.

Die deutsche Regierung bringt schließlich zum Ausdruck, daß die Generalinspektion mit allen Mitteln beschleunigt werden soll und bittet, als Schlußtermin für die Generalinspektion den 30. September zu bestimmen.

Im Einzelnen stellt die Note fest, daß die deutsche Regierung alles Verständnis für den Wunsch habe, die internationale Lage nicht gerade in dem Augenblicke zu belasten, wo die Aussicht auf eine schnelle Durchführung des Sachverständigenratschens die Hoffnung aufkommen läßt, daß eine erdgültige Regelung der Reparationsfrage und damit zugleich die Grundlage eines allgemeinen und wirklichen Friedens gefunden werden kann. Sie befragt dann die zunehmende Aktivität deutscher Organisationen, weist aber die Auffassung als irrig zurück, daß in Europa dadurch neue bewaffnete Konflikte zu befürchten seien. Diese Organisationen der körperlichen Fröhmigung der deutschen Jugend gehen davon aus, daß die frühere allgemeine Wehrpflicht nicht nur einen militärischen, sondern auch einen hervorragenden erzieherischen Charakter hatte. Tatsächlich ist, so betont die Note, die Erziehung der Jugend zur Achtung vor den Gesetzen und der Disziplin wesentlich durch die allgemeine Wehrpflicht gefördert worden und manche Erscheinungen der Gegenwart müssen auf das Fehlen dieser militärischen Erziehung zurückgeführt werden. Jedes Volk wird bestrebt sein, sich eine gesunde und körperlich kräftige Jugend heranzubilden. Die große Entwicklung auf sportlichem Gebiete, die in anderen Ländern weit früher als in Deutschland vor sich gegangen ist, hat jetzt auch in Deutschland dazu geführt, daß in der Jugend

weise aber sanken von 25 auf 17 Lire im Tag. Die Gewerkschaften der Arbeiter wurden machtlos gemacht, Gemeindeverwaltungen abgesetzt, nicht wegen „sozialistischer Wirtschaft“, sondern weil sich die Bourgeoisie der Verwaltung bemächtigen wollte. Der Segen des Faschismus schien offenkundig zu sein. Das Geld der Banken, der Großindustrie, der Agrarier regnete in Strömen auf ihn nieder, um die Ausrüstung seiner Terrorbanden und die Druckkosten seiner Zeitungen zu decken. Auch durften die Scharen der Schwarzhemden sich nach Herzenslust ausleben und Mussolinis Revolution war wahrhaftig nicht wählerisch in ihren Mitteln, um als der vom Bürgertum ersehnte Damm gegen die Ausschreitungen einer anarchischen Demokratie zu erscheinen.

Es liegt nun aber im Wesen solcher Bewegungen, wie es der Faschismus ist, daß sie kaum geboren, auch schon den Todeskeim in sich tragen und an sich selbst zugrundegehen müssen. Der Faschismus ist Diktatur, bedeutet die Abiegung der Volksmasse als Quelle des politischen Verstandes und Willens, er ist die Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit. Jede Diktatur muß, um die Gegenkräfte der Mehrheit niederzuhalten, sich auf das Gewaltprinzip stützen, muß diese Gegenkräfte einzuschüchtern und niederzuhalten suchen. Er ist im Grunde genommen nichts anderes als der Versuch, Staatsbürgertum in Untertanentum zurückzuverwandeln. Es ist der Diktator, mag sie nun bolschewistisch, faschistisch oder hakenkreuzlerisch sein, unmöglich, sich von den Methoden der Unterdrückung loszusagen und zur Gesehlichkeit zurückzukehren. Man darf es Mussolini glauben, daß er dies wollte. Er ist zu klug, um nicht zu wissen, daß sein Herrschaftssystem auf die Dauer durch Gewalt und Ungeheuerlichkeit nicht zu halten ist. Darum sein Streben, den Faschismus legitim und zum Ele-

ment der staatlichen Ordnung zu machen. Doch gerade an diesem Wendepunkte ist er gescheitert und mußte er scheitern. Den Beweis, daß er die von ihm bekämpfte Ordnungsllosigkeit besiegt hat, ist er, wie der Mord an Matteotti zeigt, schuldig geblieben. Es war für Mussolini nicht schwer, in seinen Scharen die Neigung zu Gewalttätigkeiten zu erwecken, schwerer, die entfesselte Bestie des Terrors zu einem zahmen Haustier zu domestizieren. Er hat in seiner Rede selbst gestanden: „Wie alle sozialen Bewegungen, führen auch Aufstände das Gute und das Böse, Akteure und Schurken, Idealisten und Profitmacher zusammen.“ Nur eben daß die Bösen, die Schurken und Profitmacher in einer Bewegung, welche die Kontrolle der Demokratie ausschaltet, die Oberhand gewinnen müssen. Jahrzehlang galt der Grundsatz: Ihr dürft das Gesetz schänden, Recht und Menschlichkeit mißachten! Wie sollen diese zum „Ordnungsmachen“ gerufenen Schurken und Profitmacher begreifen, daß es mit Mord und Gewalttat mit einemale ein Ende hat, daß sie nun plötzlich von ihrem gewohnten und lieb gewordenen Handwerk lassen sollen!

An dieser Begrenzung mußte der Faschismus, muß auch jede auf der Diktatur, dem Terror, der Mißachtung der Demokratie begründete Bewegung versagen. Der Mord an Matteotti ist die notwendige Konsequenz des des diktatorischen Systems. Dazu bestimmt, den Sozialismus zu töten, erweist sich der Faschismus doch nur als eine Episode; der Sozialismus und die Demokratie aber werden leben, werden noch die Träger einer geistigen und moralischen Macht, die Hoffnung der Menschheit sei, wenn längst schon der Faschismus und der Diktaturgedanke als böse Verirrungen des Menschengenies nur mehr der Geschichte angehören werden.

der sportliche Geist in immer größerem Maße gepflegt wird. Die sportlichen und turnerischen Vereinigungen in Verbindung zu bringen mit militärischen Vorbereitungen Deutschlands ist nicht berechtigt. Das deutsche Volk lehnt den Gedanken an Krieg ab und unter allen politischen Faktoren besteht Einigkeit darüber, daß eine heimliche Waffenrüstung ebenso unmöglich wie nutzlos und gefährlich abzulehnen ist. Die Reichsregierung hat sich andererseits ernstlich bemüht, die Entwaffnung gewisser politischer Verbände, die mit Turn- und Sportvereinen nicht verwechselt werden dürfen, rücksichtslos durchzuführen, so daß von einer ernsthaften Verwaffnung dieser Verbände nicht mehr die Rede sein kann.

Die Note geht alsdann auf die tiefgehende Erbitterung ein, die gegenwärtig im deutschen Volk herrscht und die sich in Protesten und Demonstrationen Luft macht. Sie weist auf die Leiden der Nachkriegszeit hin und erklärt, daß diese ganze Bewegung sich niemals so ausgedehnt hätte, wenn man Deutschland gegenüber von vornherein eine Politik der Verständigung getrieben und ihm die gleichberechtigte Mitarbeit zugestanden hätte. Statt dessen habe man dem deutschen Volk gegenüber jede Rücksicht auf seine wirtschaftlichen Fähigkeiten und auf sein berechtigtes Selbstgefühl vernachlässigt. Gewisse Neuerungen alliierter Staatsmänner lassen darauf schließen, daß sich die Erkenntnis dieser Zusammenhänge Bahn zu brechen beginnt.

In der Note wird in diesem Zusammenhange festgestellt, daß es keinen ernstlichen Militär in der ganzen Welt gebe, der die Meinung haben könnte, daß Deutschland in Europa bewaffnete Konflikte herbeizurufen vermöge. Deutschlands technische Mittel und die materielle Stärke seiner Armees sind geringer als diejenigen auch nur kleiner Staaten. Deutschland hat seit dem Frieden keine einzige neue Kanone hergestellt und besitzt nicht einmal dasjenige Quantum an Munition, das ihm nach dem Verträge von Versailles zusteht.

Die öffentliche Meinung Deutschlands lehnt sich gegen eine erneute Kontrolle auf, weil sie in ihr einen Eingriff in die Souveränität sieht, der an sich schon etwas ganz Verleidendes hatte und der ihr überdies im Verträge von Versailles heute nicht mehr begründet erscheint.

In der bereits berichteten Erklärung, daß die deutsche Regierung an ihrem Rechtsstandpunkte festhält, sich aber bereit erklärt, die Generalinspektion zuzulassen, wird schließlich noch besonders betont, daß die deutsche Regierung glaubt, daß die gegenwärtige allgemeine Lage durch das Bestreben gekennzeichnet ist, an die Stelle der Gewaltpolitik eine Politik der Verständigung zu setzen. Die schweren Opfer, welche die deutsche Regierung von dem deutschen Volk verlangen muß, um die Gedanken des Sachverständigenratschens in die Tat umzusetzen, sind nur, so setzt die Note hinzu, in der Ueberzeugung tragbar, daß dem deutschen Volk seine verfassungsmäßigen Rechte wieder zugesichert werden, und daß somit die Lösung der Reparationsfrage nicht nur ein finanziell-wirtschaftliches Akt darstellen, sondern eine neue Ära in den Beziehungen der Völker einleiten werde.

Eine Rundgebung für den Frieden.

Berlin, 30. Juni. Die „Montagspost“ berichtet aus Lyon von einer Rundgebung der französischen Gesellschaft „Frieden durch Recht“, wo anlässlich der Tagung der Völkervereinigung der deutsche Pazifist Prof. D. u. d. d. eine mit stürmischem Beifall aufgenommene Rede hielt, in der er u. a. sagte, daß seit dem Ende des Krieges die französischen Nationalisten durch die Beeinflussung der französischen Politik stets das Spiel des deutschen Nationalismus spielten und umgekehrt dieser die französische Intimität gesteigert habe. Die Aufhebung der Verbotsungen und Ausweisungen seien ein dankenswerter Beweis des Vertrauens. Die Mehrheit der Völker Frankreichs und Deutschlands wünsche nichts sehnlicher als die Verständigung, die im Schoße eines demokratischen Völkerverbundes möglich sei.

Inland.

Präsident Masaryk und die Legionäre.

Prag, 30. Juni. Anlässlich des gestern stattgefundenen Legionärkongresses hielt Präsident Masaryk bei der Duldigung durch die Legionäre eine Ansprache, in der er u. a. sagte:

„Wir Legionäre sind uns bewußt, was wir für unser Volk durchzuführen wollen. Dieses Bewußtsein legte uns von allem Anfang an Pflichten auf, solange wir den neuerrichteten Staat in den Ideen der wahren Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aufbauen werden, unsere tschechoslowakische Republik im Geiste der Demokratie zu errichten. Dazu sind sicherlich nicht nur wir, sondern alle berufen. Allein wir können uns ohne jede Großsprecherei sagen, daß wir der wirksamste Faktor, die wirksamste Kraft bei der Neuerrichtung des Staates gewesen sind und gerade das legt uns eine höhere Verpflichtung auf, eine umso größere Verantwortung, weil wir diese Verdienste haben, die wir uns nicht anmaßen, sondern die — glaube ich — die ganze Nation anerkennt und anerkennt. Ich erwarte daher von euch, Brüder, daß ein jeder auf dem Platze, wo er sich befindet, in der Partei, der er angehört, in diesem Legionärgeiste arbeiten wird. Dieser Geist wird uns auch in Zukunft einigen. Gerade in dieser Versammlung sehe ich euch zum erstenmal seit der Errichtung des Staates, hierin erkläre ich die Gewähr und das Versprechen dafür, daß uns gelingen wird, was wir im Jahre 1914 begonnen haben.“

In dem

Manifeste.

das von den Legionären als Kongressmanifest herausgegeben wurde, nehmen die Legionäre des offenen Stellung gegen die Reaktionen und erklären:

„Unsere Republik kann ihre Sendung in der Welt nur dann erfüllen und nur dann ein starker Staat werden, wenn sie sich unablässig bemühen wird, fortschrittlich zu bleiben im Sinne der Washingtoner Deklaration und wenn sie die in der Verfassung niedergelegten verbürgten politischen Freiheiten der Demokratie, die bei uns leider immer von neuem gegen den Ansturm der Reaktion verteidigt werden müssen, sorgsam beachten wird.“

Es ist heute eine nationale Forderung und ein Gebot der gesunden Entwicklung der Republik, daß im Sinne der Washingtoner Deklaration bei uns volle Freiheit und Gleichberechtigung für alle Kirchen vor dem Gesetze bei gleichzeitiger Trennung von Staat durchgeführt werde. Aus unseren Schulen müssen wir Werkstätten einer wirklichen Umerziehung unseres Volkes zur demokratischen Freiheit machen, wir müssen sie in der Staatsverwaltung vereinen und unbeeinträchtigt gegen die Hierarchie verteidigen. Eingedenk des Geistes des Freiheitskampfes dürfen wir uns mit politischen Freiheiten und der Gleichheit vor dem Gesetze nicht begnügen. Nur das Vertrauen der Arbeitenden in ein besseres Schicksal machte aus den Massen des ausgebeuteten Volkes die opferwilligsten Kämpfer für die nationale Befreiung. Auch heute läßt sich nur durch einen Schutz der Arbeitenden gegen den Mißbrauch ökonomischer Ueberlegenheit aus unserem Volke ein starker und selbstbewußter Verteidiger unseres Staatsgedankens in den Grenzgebieten machen. Auch dem zersetzenden Einfluß derer, welche die Unerschlichkeit der sozialen Revolution und der Diktatur des Proletariats verkünden, kann nur durch einen konsequenten Kampf gegen die unerschütterte Not-

Der eherne Achtstundentag.

Bern, 30. Juni. (Schw. Dep. Ag.) Das wichtigste Diskussionschema der diesjährigen internationalen Arbeiterversammlung in Genf bildet das internationale Uebereinkommen betreffend den Achtstundentag. Mit besonderem Interesse wurde eine Erklärung des neuen französischen Arbeitsministers Justin Godart angehört, der erklärte, das französische Gesetz über den Achtstundentag vom 23. April 1919 habe vorzügliche Resultate ergeben. Das Familienleben in den Arbeiterkreisen sei dadurch sehr gehoben worden, auch die Pflege der geistigen und körperlichen Ausbildung habe eine Förderung erfahren. Der Alkoholismus gehe zurück. Überall wo der Arbeitgeber das Prinzip in verständiger Weise durchgeführt hat, blieb er vor Kräfteverpflüchtung bewahrt und konnte eine Erhöhung der Produktion feststellen.

Im Verlaufe der Diskussion kam auch das Verhältnis zwischen dem Reparationsproblem und der Arbeitszeit in Deutschland zur Sprache, wobei seitens der deutschen Vertreter geltend gemacht

wurde, daß jede Einmischung durch eine internationale Kontrolle als Beeinträchtigung der Souveränität des Deutschen Reiches abgelehnt werden müsse. Der Direktor des Arbeitsamtes verlangte eine Garantie dafür, daß eine eventuelle Mehrarbeit in Deutschland durch Erhöhung der Arbeitsstunden auch wirklich den Reparationszugute komme und nicht zu einer illiberalen Konkurrenz gegenüber den anderen Ländern diene.

Bern, 30. Juni. Eine von der Arbeitskonferenz eingesetzte Kommission zum Studium der Frage der Arbeitslosigkeit hat ihre Arbeit beendet und das Ergebnis derselben in einer Resolution niedergelegt, in der u. a. angeregt wird, daß jede Regierung einen Bericht über das Arbeitslosenproblem in ihrem Lande ausarbeiten möge, welcher sich auch über die Heilmittel aussprechen würde.

Demission der Minister Mussolinis.

Rom, 29. Juni. Die Blätter melden, daß die Minister und die Staatssekretäre gestern Abend ihre Portefeuilles Mussolini zur Verfügung gestellt haben. Die Demission wird jedoch erst nach dem Empfang der Vertretungen der beiden Kammern durch den König am Montag bekanntgegeben werden, da die Regierung bei dem Empfange intervenieren müsse. Mussolini habe aber heute schon einige Führer der Mehrheitspartei empfangen. Die neue Regierung könne Dienstag gebildet sein.

lage der Arbeitenden und Arbeitswilligen vorzubeugen werden. Deshalb rufen wir alle, welche die Republik und das Volk lieben, zur Arbeit auf für weitreichende soziale und ökonomische Reformen, wie sie in der Washingtoner Deklaration verheißen sind.“

Zu der Forderung nach Demokratie auch im ökonomischen Leben sagt das Manifest:

„Wir wollen, daß der Gedanke der Demokratie auch im ökonomischen Leben konsequent durchgeführt werde und daß allen in gleichem Maße sowohl die Gleichheit vor dem Gesetze als auch Gleichheit der Gelegenheit zur Arbeit und Zutritt zu den Produktionsmitteln gesichert werde. Wir wollen, daß der Staat nicht zögere, in ererbte oder anderweitig erworbene Eigentumsrechte an Produktionsmitteln eingzugreifen, soweit diese zum Schaden des nationalen und staatlichen Ganzen zur Ausbeutung der Arbeitenden und Konsumenten mißbraucht werden. Wir wollen, daß es keine Ausbeutung und arbeitslosen Einkünfte mehr gebe, daß Klassenunterschied und Klassengesetzgebung verschwinden, daß die durch die Arbeitsteilung entstandenen Interessenskonflikte im Geiste der Gegenseitigkeit gerecht ausgeglichen werden.“

Das Manifest befaßt sich dann besonders mit dem Ansturm der Reaktion:

„Nur die mangelnde Vorbereitung und Zersplitterung der Freunde des Fortschrittes erleich-

Die neuen Minister.

Rom, 30. Juni. (Agenzia Stefani.) Der König hat die Demission der Minister Gentile, Corbino und Carnazza angenommen und auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Mussolini den Senator Casa zum Unterrichtsminister, den Senator Nava zum Minister für Wirtschaft und den Deputierten Sarrocchi zum Minister für öffentliche Arbeiten ernannt. Das Portefeuille für Kolonien, das vorläufig der Ministerpräsident geführt hatte, ist an den Deputierten Lanza di Scalea übertragen worden. Die neuen Minister werden morgen den Eid ablegen.

tert häufig die Erfolge der Anhänger der Reaktion und mancher gute Plan scheitert nur an dem Mangel an Ausdauer derer, die hinter ihm stehen. Es ist nötig, das Verantwortlichkeitsgefühl und das Wahrheitsgefühl in Bezug auf Volk und Republik in jenem Lager zu erhöhen, dessen Vertreter sich heute in die Nacht im Staate teilen. Dann werden zu fruchtbarer Arbeit auch viel von denen gewonnen werden können, die heute ohne schlechten Willen zu Volk und Staat abseits stehen. Mit Dankbarkeit und gerne wird unser Volk seine Unterstützung und seine Zustimmung zu einer Regierung geben, die ihrer kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Politik mit Umsicht, aber systematisch und konsequent ihre Anstrengungen auf die Sicherung einer wirklichen Demokratie und geistigen Fortschritt in der Staatsverwaltung und im Schulwesen, auf die Sicherstellung der Arbeitswilligen gegen die Arbeitslosigkeit und auf die erforderliche Verbesserung der Lebensbedingungen aller Arbeitenden richten wird. Unser Volk ist auch bereits seit langem darauf vorbereitet, eine durchgreifende Lösung und Vollendung der großen wirtschaftlichen und sozialen Reformen als eine nationale und staatliche Notwendigkeit anzuerkennen, deren Ziel es wäre, die schreiendsten Mißstände des heutigen Verhältnisses zwischen Arbeit und Kapital zu beseitigen; konsequent und vollständig die Unbill wieder gutzumachen, die der Nation nach der Schlacht am Weißen Berge durch Wegnahme des Bodens zuge-

fügt wurde und den Staat und das Volk gegen die Gefahr zu sichern, die aus der Derschaffung fremder Elemente über die wichtigsten Zweige der Industrie entsteht.

Es ist dies in erster Reihe die Pensionsversicherung aller Arbeitenden, die Bodenreform und die Verstaatlichung der Kohlengruben.

Wir wünschen, das Volk möge in sich die übliche Erbchaft der Anechtung und des Krieges überwinden, den engherzigen Egoismus und die blinde Parteilichkeit, und immer im Sinne haben, daß wir nur durch den Dienst für Demokratie, Menschlichkeit und Wahrheit gesiegt haben und nur durch denselben Dienst unsere Freiheit erhalten können.“

Das Manifest schließt mit den Worten:

„Wir glauben an die Demokratie, wir glauben an die Freiheit — an die Freiheit, die immer mehr wächst. Heil der Republik, ihrem Volke und dem ersten Präsidenten T. G. Masaryk!“

Senatsitzung.

Prag, 30. Juni. Trotz der hochsommerlichen Schwüle war — das muß zur Ehre unseres Kleinem Parlamentes festgestellt werden — die Sitzung in der heutigen Senatsitzung eine sehr gute. Nur die Bänke der Deutschbürgerlichen gähnten vor Leere.

Die Beratung des Gesetzes über die Herabsetzung des Friedensstandes der Armee benützte der Berichterstatter Senator Kiofaß zu einem Angriff auf die Militärbürokratie im Nationalverteidigungsministerium. Nach Ueberzeugung des Redners ist es nicht möglich, daß die Ausgaben für das Heer weiterhin eine derartige Höhe erreichen, wie dies heute der Fall ist. Wir müssen den Heeresdienst beträchtlich verkürzen. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen tritt der gewesene Minister für nationale Verteidigung energisch für das Milizsystem ein. Die Vorlage wurde schließlich angenommen, ebenso wie die Vorlage über die Veredelung und den Schutz der Pflanzenkultur und die Vorlage über die Ergänzung zum Gesetz vom 15. April 1920 über das dem ersten Zugriff entzogene Existenzminimum.

Die nächsten Sitzungen finden Mittwochs um 4 Uhr nachmittags und Donnerstags um 9 Uhr vormittags statt; dann wird auch der Senat in die Ferien gehen. Wie es heißt, wird das Gesetz über die einmaligen Feuerungskosten an die slowakischen Lehrer wegen eines Formfehlers an das Abgeordnetenhaus zurückgestellt werden.

Die parlamentarische Session. In der kommenden Woche wird — so meint „Bravo Vidu“ — nicht nur der sozialpolitische Ausschuss zusammenkommen, um das vom Unterausschuss bearbeitete Elaborat der Sozialversicherung zu genehmigen, es werden auch verschiedene andere Kommissionen der Koalitionsparteien Sitzungen abhalten. Es handelt sich darum, eine Einigung über verschiedene Vorlagen zu erzielen, die den nächsten parlamentarischen Sitzungen vorgelegt werden sollen, so z. B. über die finanziellen Vorlagen und das Budget für 1925. Auch der politische Finanzausschuss wird durch mehrere Tage Sitzungen abhalten. Diese Beratungen werden aber außerhalb Prags stattfinden. Der Verhandlungsort wird geheim gehalten. Bei diesen Konferenzen handelt es sich vor allem um die Erneuerung der Ermächtigungsgesetze, welches der Regierung das Recht gibt, Handelsverträge abzuschließen. Bisherige Gesetz hat schon seine Gültigkeit verloren. Das Ermächtigungsgesetz, das nur drei Paragraphen enthält, beinhaltet die Lösung der Zollfrage nicht, sondern nur die

Die kleine Lotte. (30)

Von Simone Bobbe.

Uebersetzt von Dr. Anna Kubbaum, Copyright by Intercontinental Verlag „Renaissance“, Wien.

Er hatte für diese Dinge nicht die gesunde Zärtlichkeit, wie man sie wohl für das Ergebnis von Mühe und Arbeit empfindet. Er war ihnen innig dankbar für den Eindruck, den sie auf die Nachbarn machten, für den Reiz, den sie gewiß hervorriefen. War er allen auf dem Lande, langweilte er sich zum Sterben. Fortwährend ließ er sich zu Verbesserungen hinreißen, Springbrunnen, Lehnstühlen, Hängematten usw. Er fühlte sich darum nicht wohl. Im Gegenteil. Es war so verschieden von seiner Werkstatt, Rue de Clero, wo sich sein Leben gewöhnlich abspielte.

So viele Verbesserungen, Verbesserungen, Änderungen hatten allmählich den ganzen Ringewinn des Hauses verschlungen. Und dies alles für eine Befähigung, in der Ernst und Annette ihre Tage beschließen sollten und wo sie nicht eine Stunde zusammen verbringen konnten, ohne zu gähnen, die Nacht ausgenommen. Ernst, trotz seiner Achtung vor Gebräuchen, hatte darüber zwanzig Jahre lang vergessen, Annette zu heiraten.

Dennoch war Annette endlich Madame Decoiffer geworden. An diesem Tage glaubte Ernst ihr das größte Opfer gebracht zu haben. Verließ er ihr doch eine Ehrenstelle, welche viele begier hatten, wenn auch keine würdig befunden worden war. Und Annette fühlte sich um einige Zoll größer.

Diese „Regulierung“ fand nur wenige Monate vor der Hochzeit ihrer Tochter Eliane statt. Sie war im Anfang ihrer Liebesbeziehungen zur Welt gekommen. Damals hatte Ernst natürlich gedacht, er habe nicht viel Anteil an der Dummheit. Aber das Kind wurde ein großes,

schönes Mädchen, stellte was vor. Von ihrer Mutter hatte sie die schönen Haare, blond und seidig, die großen Bergshelmniedertaugen, aber nicht ihre Lebhaftigkeit und ihre Ausdauer, ihren Frohsinn. Vom Vater die schöne Gestalt, das feine Aussehen, die Nüchternheit. Je mehr sie heranwuchs, desto mehr bewunderte sich Ernst in ihr, wünschte sich Glück, zu diesem Kunstwerk beigetragen zu haben.

Die blonde Eliane wird eigenartig erzogen. Auf dem Lande spielt sie das Fräulein, nimmt Klavierstunden bei ihrem Vater, geht mit ihm in einem Spitzentleid spazieren, mit Federhut und hellem Sonnenschirm. Oft mußte ihr die Mutter am Tage vorher ein Hemd waschen, damit sie eines zum Anziehen habe. Nach Paris zurückgekehrt, pflegte sie mit den Arbeiterinnen Umgang. So lernte sie sich ihrer Ueberlegenheit bewußt werden, empörte sich, wollte nicht gleiches Elend leiden. Bakte sie nicht auf, konnte sie sich manchmal in Worten ausdrücken, die aus so hübschem Munde wirklich überraschten, von einer so ätherischen Person! Gerechter Rückschlag aller menschlichen Dinge.

An einem Sommerabend, als sie mit ihrer Mutter von Regent zurückkehrte bemerkte Eliane einen jungen Mann im Zuge. Wahrscheinlich ein Fremder, außerordentlich elegant und fein. Der junge Mann verließ sich rasend in sie. An mehreren Sonntagen begegnete Eliane und ihr Vater ihm auf den Spaziergang. Er ist verduffelt, bleibt schweigsam. Er hat dunkelbraune Haare, trägt sehr hohe Kragen und Lackstiefel. Vater und Tochter zweifeln nicht, daß er irgendeine sehr bedeutende Persönlichkeit sei, vielleicht ein Konsul, Gesandtschaftsattaché, Präsident einer Republik.

Als Pedro du Sartoy sich zur Werbung entschließt, wird einfachere Wahrheit offenbar: du Sartoy's Vater hatte ehemals die Erzieherin seiner Schwester entführt. Sie waren nach Brasilien gegangen, hatten dort ein Erziehungsheim

für junge Mädchen aus guter Familie gegründet, Vermögen gemacht. Aber in diesen Ländern, scheint es, kann man als Milliardär zu Bett gehen, arm wie Hiob aufwachen. Das kommt — so erklärt Vater Decoiffer — von dem Wechsel des Geldwertes. Im übrigen versteht er kein Sterbenswörtchen von alledem, was ihm sein Schwiegerjohn erzählt.

Nach dem Zusammenbruch starb der Vater vor Kummer (wie es jedem guten Vater, der sein Geld verloren, zulommt). Die Witwe eröffnete wieder ein Erziehungsheim, machte wieder Vermögen, verlor es. Mit dem wenigen, das ihr geblieben, und mit dem herangewachsenen Sohn kommt sie nach Frankreich. Er tritt in ein Haus ein, das mit Südamerika Geschäfte macht.

Pedro verdient nur zweihundertfünfzig Franken im Monat; trotzdem besitzt er eine Unzahl von vielfarbigen Kravatten und ebensoviel Paar Schuhe, eines immer lackierter als das andere. Er rechnet darauf, bald Reisender, dann Lieferant zu werden.

Seine Mutter, eine trockene, edige Person, findet Eliane Decoiffer sehr gewöhnlich. Sie hat Schöneres erträumt, größeren Reichtum. Sie läßt es merken. Schweigt oder antwortet nur kurz, wenn Eliane oder ihre Eltern das Wort an sie richten. Bei Besuchen, die Pedro gestattet worden waren. Sie begleitet ihn immer. Für Vater Decoiffer ist sie die gute Erziehung selbst. Die arme Annette mag sie nicht. Wie sie, ist auch Annette schweigsam, da ihr Gatte behauptet, sie könne den Mund nur zu einer Dummheit öffnen. Eliane sitzt zwischen den beiden Frauen, spricht auch nicht, vertieft sich in ihre Stiderei. Sie haßt die Alte vom ganzen Herzen, nimmt sich vor, es ihr zu zeigen, sobald sie erst verheiratet sein wird.

Für Ernst Decoiffer wird diese Zeit die schönste seines Lebens. Er denkt noch heute gern daran, wie er in seinem Garten spazieren ging, im perlgrauen Anzug, mit sehr hohem Krage

und roter Kravatte, in der Bemühung, sich ebenso steif zu halten wie sein Schwiegerjohn. Der Sand kratzt unter seinen Lackstiefeln, die ihn schrecklich drücken. Pedro erzählt seine Reise von Brasilien nach Paris, gibt seine Meinung über den Stand der Geschäfte ab, spricht von großen Plänen. Vater Decoiffer stimmt ihm zu:

„Sehr wohl, gewiß, Sie haben recht.“

Ober der Abwechslung halber:

„Sie haben recht, gewiß, sehr wohl.“

Das geht so weiter während des Abendessens. Jeder ist nur mit halbem Mund, als wollte er so bekunden, es sei eine abgeschmackte, unwichtige Beschäftigung. Dann gibt man den Verlobten die Erlaubnis, ein wenig spazieren zu gehen. Eliane hat den Auftrag, so viel als möglich zu schweigen. Man muß dem Mann immer ein Geheimnis bleiben, sagt ihr Vater, je weniger er dich versteht, um so mehr wird er dich lieben. Pedro spricht auch nicht viel, wenn er nicht die Notwendigkeit erörtert mehrere Dutzend Beinkleider zu besitzen. Dem jungen Mädchen scheint dies ein gutes Vorzeichen: Dutzende von Kleidern werden ihn nicht erschrecken.

Alle, außer Annette, begleiten die du Sartoy zum Bahnhof. Da trifft man oft Freunde, bei denen Pedro manchmal an Wochentagen zu Abend isst, aber Ernst Decoiffer fühlt sich erst auf dem Heimweg wieder ganz wohl. Er hält sich gerade, ist sehr stolz. Jetzt erst verliert er, mit der gleichgültigen Miene eines Mannes, der ausgezogen ist, die Welt zu erobern, einen hübschen, blassen Kokos durch die Luft zu werfen. Den Pedro ihm geschenkt hat. Seiner Tochter sagt er zu wiederholten Malen:

„Er ist sehr nett, weißt du, wirklich sehr nett.“

(Fortsetzung folgt.)

Ernächtigung. Die Zollfrage wird bei den Beratungen über dieses Gesetz nur in der Weise tangiert, daß darüber verhandelt werden wird, für welche Zeit die Ernächtigung gelten soll, gestützt auf den jetzigen gesetzlichen Stand und auf die gültigen Zolltarife.

Telegramme. Gegen die Kriegsschuldfrage!

Berlin, 29. Juni. (Wolff.) Der Arbeitsausschuß deutscher Verbände, dem rund 700 Organisationen aller Parteirichtungen angehören, veranlaßte heute im Reichstag eine machtvolle Kundgebung gegen das Friedensedikt von Versailles und gegen die Kriegsschuldfrage, in Anwesenheit des Reichskanzlers Marx, des Ministers des Äußeren Stresemann und der Minister Luther, Fritzsche, Brauns, Gehler und Hamm. Einmütig wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Die heutige Versammlung deutscher Männer und Frauen aller Schichten und Parteien wünscht einen Frieden der Gerechtigkeit. Die Versprechungen des Wilson-Programms sind nicht gehalten worden und heute sei Deutschland, Europa, die ganze Welt im Zustande völliger Unordnung. Deutschland habe ehrlich abgerüstet, die anderen Völker seien diesem Beispiel nicht gefolgt. Mit der Lüge von der deutschen Schuld am Kriege und von der deutschen Schuld im Kriege werde Deutschland heute noch in der

ganzen Welt verleumdet. Das deutsche Volk werde sich nach wie vor mit seiner ganzen Kraft wehren gegen alle Versuche, das Reich zu zerstören, die deutsche Wirtschaft zu zerstören und die deutsche Volkskraft vernichtend zu treffen. Es wird sich nach wie vor gegen die Verleumdungen des deutschen Namens in der Welt wehren. Die deutsche Reichsregierung habe mit der Öffnung ihrer Archive der Wahrheit die Bahn geöffnet.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat die amtliche Aufrollung der Kriegsschuldfrage zugesagt.

Die interalliierte Konferenz.

London, 30. Juni. (Gadag.) Es verlautet, daß Einladungen zur interalliierten Konferenz ergehen werden an Frankreich, England, Belgien, Italien, Japan und die Vereinigten Staaten. Rumänien, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Polen und Portugal werden indes nur eingeladen werden, durch ihre Gesandten in London bei denjenigen Sitzungen sich vertreten zu lassen, welche sie unmittelbar interessieren.

Arbeiterminister in Südafrika.

Pretoria, 30. Juni. (Gadag.) Das neue Kabinett unter dem Vorsteher Verhog ist gebildet. Der Nationalverteidigungs- und Arbeitsminister sowie der Postminister sind zwei hervorragende Arbeiterführer.

Bernau, das rote Dorf.

Eine Musterleistung sozialdemokratischer Organisations- und Aufklärungsarbeit: Bei 1200 Einwohnern 245 Parteimitglieder, 155 sozialistische Jugendliche, 37 Mitglieder des Kleinbauernverbandes, 171 Konfessionslose und 80 Parteiblattleser. — „Wenn wir schon überall so weit wären . . .“

Die deutsche Arbeiterbewegung dieses Staates hat neben den wirtschaftlichen, politischen und nationalen Bemühungen, die sich dem Aufstieg des Proletariats entgegenstellen, auch mit starken geographischen Hindernissen zu kämpfen. Ihr Wirkungsbereich erstreckt sich über ein weitläufiges Grenzland mit schwachen Zusammenhängen und ausgeprägten ökonomischen Verschiedenheiten. Ihr fehlt ein großstädtisches Machtzentrum, das seine Energiequellen auf die ganze Bewegung ausstrahlt, ein organisatorischer Mittelpunkt, der allen andern Organisationen Stützpunkt und Vorbild sein könnte. In den deutschen Kleinstädten des Südens hat zumeist das reaktionäre Kleinbürgertum die führende Rolle inne, die territoriale Grundform der Arbeiterbewegung ist in erster Linie das Industrieort. Diese naturgegebene Dezentralisation wird der Bewegung im Laufe der Entwicklung ihren Stempel aufdrücken und wird möglicherweise einen eigenen Organisationsstyp entwickeln. Vielleicht sind unsere Organisationsmethoden bisher allzuviel von großstädtischen Vorbildern beeinflusst worden und ich bin der Meinung, daß wir uns zur Weiterentwicklung unserer Dorforganisationen im eigenen Lande nach Vorbildern umsehen müssen. Mir wurde berichtet, daß die Genossen in Bernau, Bezirk Neudorf, eine musterhafte Organisation geschaffen hätten und ich beschloß, dieses rote Dorf zu besuchen und zu beschreiben.

Neudorf.

Das kurzatmige Bäulein der Lokalbahn brachte an in das freundliche Erzgebirgsstädtchen Neudorf, dessen industriellen Charakter dampfende Schloten schon aus der Ferne angeben. Soeben heulen die Sirenen der großen Woll- und Kammgarnspinnerei. Die an 4000 Menschen beschäftigt. Ein breiter Strom von Arbeitern und Arbeiterinnen flutet durch das Fabriktor ins Freie — froh, der Arbeitsfront in den stilligen Spinnerräumen entronnen zu sein. Denn dort — so erzählen die einheimischen Führer — wird die Luft künstlich angekühlt und selbst an den heißesten Tagen darf kein Fenster geöffnet werden, soll das feine Gespinnst nicht verderben. Was Wunder, wenn die Leute aus diesem Betrieb wie die Schatten daherkommen, als in der Vorfröhenzeit 10 bis 11 Stunden täglich gearbeitet werden mußte — bei einem Tagelohn von 28 bis höchstens 120 Kreuzer. Die Maschinen laufen aber schon dreiviertel Stunde vor dem offiziellen Arbeitsbeginn, und wer nicht mit dem Maschinen anfang, wurde entlassen. . . . Heute kann man aus dem Aussehen und dem freien Blick der Gemeindefreunden lesen, daß die seit dem Umsturz bestehende geschlossene Gewerkschaftsorganisation diese furchtbare Ausbeutung gemildert und auch sonst manche Erleichterung ertrotzt hat. Es ist eine aufstrebende Arbeiter-schaft, die im Neudorfer Bezirk wohnt und darum gehört dieser Bezirk zu den Hochburgen der Sozialdemokratie. Noch bei den letzten Gemeindevahlen haben wir dort an 60 Prozent aller Stimmen erhalten und in der Stadt Neudorf selbst herrscht nach wie vor eine feste sozialdemokratische Mehrheit. Der verdiente Bürgermeister der Stadt, unser alter Genosse Becher, berichtet stolz von den Leistungen der roten Gemeindeverwaltung: Eine elektrische Fernleitung wurde gebaut, die seit Jahrzehnten nicht erneuerten Lehrbänke der Schulen um den Betrag von 100.000 K neu angeschafft, die soziale Fürsorge ausgebaut (im letzten Jahresbudget wurden dafür 198.000 K eingesetzt; bei 2200 Einwohnern!). Zu den bereits erbauten 7 neuen Wohnungen werden heuer wei-

tere 60 errichtet; nächstes Jahr hofft man allen Schulkindern die Lehrmittel unjenseit geben zu können. Trotzdem haben sich die Schulden des Gemeinwesens seit unserer Machtübernahme um rund 100.000 K verringert. Marxistische Wirtschaft!

Das rote Dorf.

Der Weg nach Bernau führt über sanft ansteigende Wiesenhänge von üppiger Fruchtbarkeit. Er läßt uns gleich ein aktuelles Problem der Agrarpolitik von der praktischen Seite her beurteilen: Die Zollfrage. Hier im Erzgebirge herrscht die Viehwirtschaft vor. Getreide wird sehr wenig gebaut, denn das Erntertragnis steht zu dem aufwendenden Samen durchschnittlich nur im Verhältnis von 3 : 1. Eigentümlich ist es der Straßbedarfs der Viehwirtschaft, der den Getreidebau noch in bescheidenem Umfang aufrecht erhält; nur ein kleiner Teil der selbständigen Landwirte deckt den Getreidebedarf für Haus und Wirtschaft aus der Eigenproduktion. Wie die einheimischen Führer erzählen, kann nicht einmal der größte Bauer der Umgebung, der 120 Joch (à 0,57 Hektar) sein Eigen nennt, auf den geizigen Bergfeldern genug Brot erbauen. Auch er muß Getreide oder Wehl dazu kaufen — ein Beweis, wie die Agrarier die Interessen der Viehbauern des böhmischen Grenzgebietes mit Füßen treten, wenn sie Getreidezölle durchsetzen wollen. — Mitten im bunten Wiesengrund liegt das Parteilokal der Bernauer Genossen. Die saubere Wirtschaft ist mit Bildern sozialistischer Führer geschmückt, darunter ein Porträt des ermordeten Genossen Schuchmeier, der auch in diesen Gauen reiche Sympathien genoss. Schnell wird mit den anwesenden Vertrauensmännern Freundschaft geschlossen und mit berechtigtem Stolz schildern sie ihr beispielgebendes Werk. Von den 1200 Einwohnern der auf kilometerweitem Gelände zerstreuten Ortschaft haben bei der letzten Wahl 87 Prozent der Wähler sozialdemokratisch gestimmt und wiederum 85 Prozent der Parteiwähler sind in unseren Reihen organisiert. Die in drei Sektionen gegliederte Lokalorganisation zählt 245 Mitglieder, (davon 100 Frauen), die Jugendgruppe 155, die Ortsgruppe des Kleinbauernverbandes 37. Von den 18 Gemeindevandaten gehören 16 uns. Im Orte befinden sich 76 Abnehmer des „Volkswille“, 3 des „Sozialdemokrat“, 2 Bezirker des „Kampf“, zudem ist im Gebiete die antiklerikale Zeitschrift „Leuchtturm“ gut verbreitet. Konfessionslose gibt es 174 und in der Schule eines Ortssteiles besuchen nur noch 10 Kinder den Religionsunterricht — ohne daß im Dorfe eine Freidenkerorganisation besteht. Und noch eine bemerkenswerte Tatsache wurde mir auf dem Heimwege zur Kenntnis gebracht: In Bernau existiert kein Privataufmann! Die Arbeiter, die Kleinbauern und ein Teil der sonst landwirtschafterorientierten Landwirte decken ihren Warenbedarf aus der blühenden Pilsbier-Bernau der proletarischen Konsumgenossenschaft.

Organisatorisches — Bildungsarbeiten — Ausstrahlungen.

Ich fragte die Genossen, wie sie dieses organisatorische Musterwerk zustandegebracht hätten und wie sie es aufrecht erhalten. Sie meinten, es läner verschiedene Momente in Frage. Erstens wurzelt die Bewegung in guter Erde, die schon in den Achtzigerjahren den Samen des Sozialismus empfang und die mit dem Schweiß tapferer Pioniere gedüngt wurde. In langsamer mühseli-

ger, Jahrzehnte während Arbeit hat sich die Sozialdemokratie das Vertrauen der Erzgebirgsproletarier erworben und sie hat es behauptet trotz kommunistischer Forderungen und halentzücklicher Giftmischerie. Uoberdies haben die hartberzigsten unterteilt brutalen Industrieherrn von Neudorf die Leute auf ihre Art zu gutem Klassenbewußtsein erzogen. Zweitens sind die Bernauer Genossen Freunde einer exakten Organisationsarbeit. Sie sind unbedingte Anhänger des Häuser-Vertrauensmännerstems. Obwohl dem Orte jedes Merkmal einer geschlossenen Siedlung fehlt, haben sie ihn mit einem lüdenlosen Netz von Vertrauensmännern überzogen, die mit dem Nützlichen erwachsen sind, die weiter für pünktliche Kassierung und Verrechnung sorgen. Kein Beitrag bleibt im Rückstand. Auch wird so jeder herantretende oder neu zugewanderte Arbeiter sofort für die Organisation gewonnen (das Reservoir der Bodenständigen ist bereits ausgeschöpft). Drittens sind die Bernauer Sozialdemokraten Feinde jeglicher Kräftezerpflitterung. Sie sagen, sie hätten genug Organisationen und wollen keine neuen mehr gründen. Denn die Arbeit müssen ja immer dieselben Leute machen und allzu vieleitige Mitgliedsverpflichtungen rufen bei manchen Arbeitern Verfassungsmüdigkeit, oft auch Beitragsmüdigkeit hervor. Die Bernauer pflegen z. B. den Gesang in einer Sektion der Lokalorganisation. Ein Genosse meinte, daß es schloßt geben werde, im Dorfe eine eigene Kinderfreundegruppe zu gründen; er möchte die Aufgabe im Rahmen der Lokalorganisation lösen und sie speziell der Frauensektion zuweisen. — All ihre organisatorischen Kräfte haben die Bernauer in einem Ortsverband zusammengefaßt, der die proletarischen Organisationen des Dorfes umfaßt und dem auch zwei benachbarte kleinere Lokalorganisationen angeschlossen sind. Der Ortsverband regelt alle gemeinsamen Angelegenheiten und er ist — wie mir versichert wurde — ein vorzügliches Instrument, die Gesamtbewegung mit sozialistischem Geiste zu durchdringen und ihr Vortritttempo gleichmäßig zu gestalten. Wie solche gesammelte Kräfte gute Wirkungen auf die Peripherie der Bewegung ausstrahlt, dafür ist der erfreulich gute Stand der Bernauer Kleinbauerngruppe ein lebendiger Beweis. Ihr gehören die fortschrittlichsten Kleinbauern des Ortes an, dabei entwickelt sie eine lebhaft genossenschaftstätigkeit und steht mit den Arbeiterorganisationen in bestem Einvernehmen. Zum selben Kapitel gehört der Umstand, daß in der dem Ortsverband Bernau angeschlossenen Ortschaft Dedit trotz ihres rein agrarischen Charakters eine sozialdemokratische Mehrheit herrscht. Viertens wird in Bernau zielbewußte und umfassend: Bildungsarbeit betrieben. Ein junger intelligenter Genosse überreichte mir eine tadellos ausgearbeitete Aufstellung, die über Programm und Fortschritt einer Parteischule Aufschluß gab, die im Winter eigens für Bernau abgehalten und ganz von einheimischen Lehrkräften bestritten worden ist. Auf dem reichhaltigen Lehrplan standen neben einfachen Organisationsangelegenheiten, Kassaführung, Protokollführung, Geschäftsordnung, hochwissenschaftliche Themen wie Erdbildung, Urgeschichte, Wirtschaftskunde. Daneben wurde auch über Politik, utopischen Sozialismus, Parteiprogramm etc. vorgetragen. Die Schülerzahl betrug im Durchschnitt 40. Im Anschluß an die Parteischule fand ein Referententkurs statt. Ferner sind bildende Lichtbilderebene abgehalten worden. An dieser Bildungsarbeit haben die sozialistischen Lehrer regen Anteil genommen, die in Bernau wie im ganzen Neudorfer Bezirk in ständiger Zahl zu unserer Sache stehen. Das ist wieder eine Welterwinnung: Wo die Arbeiter richtig die Gegenwart und die Zukunft gestaltend am Werke sind, wo ihre Organisationen von starkem Gemeinschaftsgefühl, reichem politischen und kulturellen Leben durchdrungen sind, dort werden die Mittelschichten und vor allem die geistig Strebsamen aus ihnen mit magnetischer Kraft angezogen, bereichern, verstärken damit das Ganze. Wie das Dorfleben durch solches Wirken auf eine höhere geistige und kulturelle Stufe gehoben wird, konnte übrigens ein einfacher Besuch zwischen Bernau und den Dörfern des nahen Erzgebirgsraumes zeigen, den Dörfern, wo bei darbenenden Heimarbeitern und Holzschlägern die Verzweiflung regiert und der Schmutz . . .

Schlußbemerkung.

„Wenn wir schon überall so weit wären — dann hätten wir den Sozialismus“ — mit diesen schlichten Worten ließ ein Vertrauensmann seinen Bericht ausklingen. Aber sie sollten kein Wortwurf sein gegen die Tausende treuer, fleißiger Vertrauensmänner, die mit gleich selbstloser Hingabe für die sozialdemokratische Bewegung arbeiten, denen aber die Mühsal der Verhältnisse solch herrliche Erfolge vorhält. Sicher hat die Bewegung in dem Umkreis des „roten Dorfes“ augenblicklich einige Elemente für sich, die sie andertwärts gegen sich hat. Das Unglück der Spaltung hat die westböhmische Sozialdemokratie weniger hart getroffen, speziell im Neudorfer Bezirk ist die Einigkeit der Arbeiter unerschütterlich geblieben. So wurden in den dortigen Großbetrieben (in Neudorf gibt es auch ein Eisenwerk mit 900 Mann Belegschaft) die geschlossenen gewerkschaftlichen Betriebsorganisationen ertretet und damit die Grundpfeiler der proletarischen Macht im Bezirk. Ein günstiges Moment ist auch die nationale Einseitigkeit der Bevölkerung, die das fressende Gift des nationalen Kampfes nicht aus unmittelbarer Nähe auf die Bewegung wirken läßt. Dazu kommt noch die ökonomische Tatsache, daß sich der Neudorfer Bezirk nach den Schwankungen der Krisenzeit in industriell-

len Aufstieg befindet. Die Woll- und Kammgarnspinnerei hielt vor dem Kriege 1200 Arbeiter, heute 4000 und schickt sich jetzt an, ihn für eine Belegschaft von 6000 Weuten zu erweitern, weil die reichsdeutsche Stammfirma wegen der zu erwartenden Reparationsbelastung einen größeren Teil der Produktion nach Böhmen verlegte. Doch all' das berücksichtigt, läßt von der Leistung der Bernauer Genossen noch genug bestehen, daß sie vor der Parteipublikum Lob und ehrende Anerkennung verdient. Das Vorbild des roten Dorfes wird hoffentlich recht viele Genossen und Genossinnen zu neuer Arbeit anspornen, wird ihnen die Gewißheit geben, daß das gesteckte Ziel erreichbar ist.

Wenzel Jatsch.

Deutscher Geist.

Von Johann Gottlieb Fichte bis zum Herrn Dr. Wollschad.

Die Nationalsozialisten haben eine Entdeckung gemacht: Dr. Wollschad, eine ihrer geistigen Leuchten, hat die Broschüre unseres Genossen Leopold Stern über „Klassenkampf und Massenbildung“ ein halbes Jahr nach ihrem Erscheinen zu Gesicht bekommen, sie gelesen, sie zwar nicht verstanden, aber eben darum über sie geschrieben. „Der marxistische Jude an der Persejungsarbeit“ betitelt der alte Genossenschaftsprofessor seine wolkige Entladung. Was ihm an der Rede, die Genosse Stern am Aufstiegsparteitag im Dezember 1923 gehalten hat, so besonders mißfällt, ist: „Alles wird dem einen Zweck untergeordnet, den Klassenkampf und den Klassenkampf zu führen und zu entscheiden. . . . Alles muß in den Dienst des Klassenkampfes gestellt werden.“ Und warum? Aus „schlotternder Furcht vor dem Erwachen des deutschen Geistes“.

Wollschads deutscher Geist geht nun daran, Sterns Gedankengänge, daß die herrschenden Klassen aller Zeiten die Masse nicht nur in wirtschaftlicher, sondern vor allem in geistiger Hinsicht hielten, zu bestritten. Er ist empört darüber, daß man auch dem Bürgertum, auch dem deutschen Bürgertum solches vorzuwerfen wagt. Dies hält er für jüdische Persejungsarbeit, und schließt seine Betrachtungen mit dem Bannfluch: „Der Pfeil, den der Jude gegen das deutsche Volk abdrückt, wird Juda treffen.“

Der gute Mann hat so wenig deutschen Geistes in sich, daß er von den großen Vorläufern des deutschen Idealismus kaum eine Ahnung hat; wie sehr Männer wie Kant, Schiller und Fichte ihre ganze Leidenschaftlichkeit dem Kampf um Massenbildung gewidmet haben, was gibt das einen Nationalsozialisten von 1924 an! Kant, Schiller wie Fichte schrieben unter den deutschen Geistesgenossen zu den ersten, die die Verklüftung der bürgerlichen Gesellschaft in Klassen mit Empörung erkannten, mit Empörung aussprachen. „Alles muß in den Dienst des Klassenkampfes gestellt werden.“ Der „Jude“ Kant war es, der in seiner Rechtslehre (Herr Wollschad, auf welcher Seite?) gesagt hat: „Die Verschiedenheit des Standes macht, daß, so wenig man sich in die Stelle des dienstbaren Pferdes verkehrt, um sein elendes Futter sich vorzustellen, ebensowenig sehr man sich an die Stelle des Gläubigen, um dieses zu fassen.“ (Sicht jüdische Persejungsarbeit! Friedrich Schiller, zwar noch nicht nachgewiesen, aber vermutlich „Jude“, bemerkt in seinen Briefen über die ästhetische Erziehung des Menschen (Herr Wollschad, im wiederlichen Brief?): „Sobald aus der einen Seite die erweiterte Erfahrung und das bestimmtere Denken eine schärfere Scheidung der Wissenschaften, auf der anderen das verwickeltere Werk der Staaten eine strengere Absonderung der Stände und Geschäfte notwendig macht, so zerriß auch der innere Bund der menschlichen Natur und ein verderblicher Streit entzweite ihre harmonischen Kräfte.“ Endlich ist es der „Jude“ Johann Gottlieb Fichte, der die kapitalistischen Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft schon vor einem Jahrhundert durchschaute und in seiner Staatslehre (Herr Wollschad, auf welcher Seite?) die drohenden Worte aussprach: „Wer diese Note vereinigen will, der will das Unrecht um seiner selbst willen. Er ist Feind des menschlichen Geschlechtes. Dies ist auszusprechen und er als solcher zu behandeln.“ Dieser Satz wäre ein schön deutsch Abendbrot für Herrn Wollschad.

Und gerade weil Deutsche von Rang eines Kant, Fichte und Schiller die Furchtlosigkeit auch der deutschen Nation in Klassen sahen, suchten sie als Vorläufer des modernen Sozialismus nach Hilfe für die unterdrückte Arbeiterklasse und glaubten, die Rettung in der Schulung der Massen zu erkennen. Was wissen die Halberverhörer und Luderborffanbeter von den sozialpädagogischen Gedanken und Forderungen des klassischen deutschen Idealismus? Die Herren ahnen ja gar nicht, daß das ganze moderne Arbeiterbildungswesen nichts geringeres und nichts anderes ist als die Verwirklichung der revolutionären Träume des klassischen deutschen Geistes. Und indes ein Zwerg wie Wollschad, glaubt, daß der Pfeil der modernen Kultur „Juda“ treffen wird, halten wir es mit Fichte und seinem Ausruf: „Es wird ein für alle Nachwelt wartendes Zeugnis sein über unsere Zeit, wenn gerade diejenigen, die sie ausgestoßen hat, durch diese Ausstoßung allein das Vorrecht erhalten, ein besseres Geschlecht anzugeben: wenn diese den Kindern derer, die mit ihnen nicht zusammen sein mochten, die befeligende Bildung, und wenn sie die Stammväter werden unserer künftigen Helden, Weisen, Gesetzgeber, Heilande der Menschheit!“

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in: New York 100 Kr. ... Dollar 2,95,00; Paris 100 ... Francs 16,63,75; Berlin 1 ... Mark 124,000,000,000,0; Wien 1 ... österr. Kronen 2,108,00

Prager Kurse am 30. Juni.

Table with exchange rates for various currencies like 100-holl. Gulden, 1 Billion Franc, 100 Belg. Francs, etc.

Tages-Neuigkeiten.

Blüten des Presskapitals.

Das tschechoslowakische Pressbüro macht sich veranlagt, folgende Meldung weiterzugeben:

Wien, 30. Juni. Der Mitigentümer des 'Neuen Wiener Journal', J. Lippowitz, hat dem Wiener Journalisten- und Schriftsteller-Berein 'Concordia' den Betrag von 100 Millionen Kronen übergeben...

Lippowitz, dessen mehr geschnittenes als geschriebenes 'Neues Wiener Journal' geistlich alle Lügen und Verleumdungen gegen die Sozialisten in großer Aufmachung bringt...

Es bleibt festzuhalten abzuwarten, ob die 'Concordia' diese Lippowitz-Bildung zu verwerten sich überhaupt bereit erklärt.

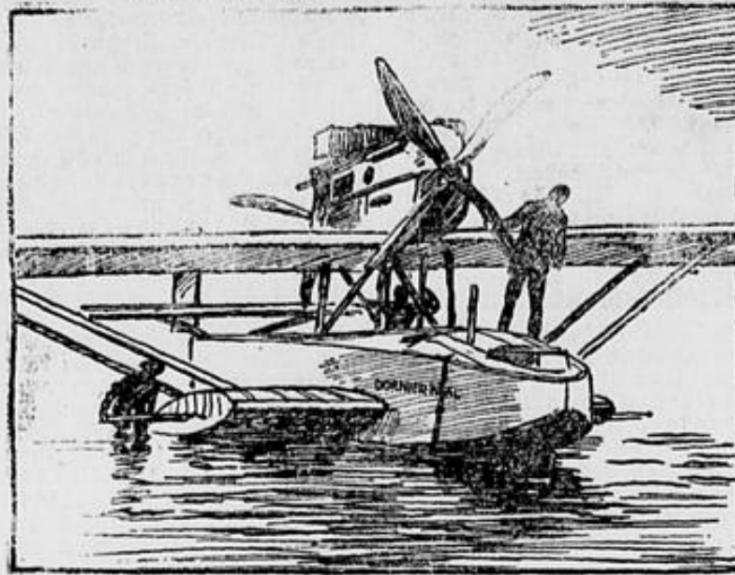
300 Menschen bei einem Wirbelsturm getötet.

Die Stadt Lorain in Ohio vernichtet. Cleveland (Ohio, Vereinigte Staaten), 29. Juni (Havas). Die Stadt Lorain wurde von einem Tornado heimgesucht, wobei 300 Menschen getötet und 1500 verwundet sein sollen.

Späterer Meldung vom 30. Juni befragen: Die Zahl der Toten in der vom Cyclon heimgesuchten Stadt Lorain beträgt nach den bisherigen Schätzungen 38 Personen.

Der Wirbelsturm suchte, nach der letzten Meldung von Sonntag, ein Gebiet von 60 Meilen Ausdehnung an den Ufern des Erie-Sees entlang heim.

Zu Amundsens Nordpolfug.



In der nächsten Zeit gedenkt der bekannte Nordpolforscher Roald Amundsen im Flugzeug den Nordpol zu erreichen. Seit Monaten ist diese Expedition, der sich allerdings in der letzten Zeit Schwierigkeiten entgegenstellten, aufs sorgfältigste vorbereitet worden.

Amundsen ist von einem kleinen Flugzeug begleitet, das die Aufgabe hat, die Luftschiffe zu versorgen. In der nächsten Zeit gedenkt der bekannte Nordpolforscher Roald Amundsen im Flugzeug den Nordpol zu erreichen.

Furchtbarer Wirbelsturm im Staate Illinois.

Paris, 29. Juni. (Havas.) Im Peoria (Illinois) wütete ein Zyklon, wobei fünf Menschen zugrunde gingen.

Die Nichtigkeitsbeschwerde der Mitschuldigen Soupals verworfen. Das Oberste Gericht in Brinn verhandelte gestern über die Nichtigkeitsbeschwerde des Schlossers Stanislaus Kabule...

Unter Spionageverdacht verhaftet. Das 'Reno' meldet: In die Untersuchungsanstalt des Landesstrafgerichtes wurden sieben Personen, meist Russen, eingeliefert.

Von der Straßenbahn überfahren und getötet. Beim Überschreiten des Geleises in der Palaststraße in Prag-Smichow wurde gestern vor 10 Uhr vormittags eine unbekannte, etwa 50. bis 60jährige Frau von einem Motorwagen der 14-er Linie erfasst.

Automobil gegen Fahrrad. Gestern vormittags wollte in Prag-Rosik ein Auto einem Radfahrer ausweichen, wobei das Auto auf den Gehsteig auf fuhr.

Eine blutige Schlagertentmaßeier. Sonntag fand in Neubrandenburg in Anwesenheit der Generale Ludendorff und Vietmann die Grundsteinlegung für ein Schlagertentmaßeiermal statt.

Kortschreitende Verjudung des völkischen Geistes. Bei der Agrardebate im Reichstag konnte sich der deutschvölkische, trotz unvorderstehlichen Helbenmutes von Kriegsdienst verwehrene Herr Schliephake nicht verwehren, wieder einmal den alten Fröh zu zitieren: der zum größten Nationalsozialisten auf dem Throne avanciert ist, seit ihn Czereph verfilmt.

Umgehung der Weisen von Zion die Manen des biblischen Joseph heraufbeschwört und sich nicht scheut, dem großen Friedrich ähnliche Gedanken-gänge zuzumuten.

Schwere Gewitterschäden in Pommern. Nach einer Meldung des 'Montag' gingen in den letzten Tagen über Pommern schwere Gewitter nieder, die in vielen Städten Ueberschwemmungen hervorrufen und auf den Feldern großen Schaden anrichteten.

Das Begräbnis der Opfer von Ologgnit. Samstag Nachmittag wurden die Opfer der Grubenkatastrophe im Harter Kohlenbergwerk zu Grabe getragen.

10.000 neue Wohnungen in Wien. Stadtrat Genosse Weber hat im Wiener Gemeinderats-ausschuss einen Ueberblick über die Tätigkeit des Wiener Wohnungsamtes gegeben.

Bronner aus der Haft entlassen! Wie die Wiener Blätter melden, ist der frühere leitende Verwaltungsrat der Lombard- und Esomptebank, Heinrich Bronner, Samstag aus der landesgerichtlichen Haft gegen Bürgschaft entlassen worden.

Der Kongress der Union der Völkerbundigen wählte Sonntag sein Präsidium. Zum Präsidenten wurde der Vorsitzende der Union, Treub, gewählt.

Ein dänischer Dampfer gesunken. Der Sonntag von Kopenhagen abgegangene dänische Dampfer 'Thor' ist im Sund, südlich von Kopenhagen gesunken, wahrscheinlich infolge Kesselexplosion.

Die Garnison von Madrid in Bereitschaft. Die Blätter melden aus Madrid, daß dort seit der Verurteilung Berangers große Aufregung herrscht.

regung herrscht. Primo de Rivera, welcher während des Prozesses anwesend war, ist zurückgekehrt und hatte eine lange Unterredung mit dem König.

In einem Tag quer durch die Vereinigten Staaten. Der amerikanische Flieger Russel J. Maughan, dessen Durchquerung der Vereinigten Staaten in 18 Stunden 26 Minuten bereits kurz gemeldet wurde, hat den Westkampf gegen die Sonne gewonnen.

Wetterbericht vom 30. Juni. Die Witterung in Mitteleuropa wird immer noch von Randstürmen des nördlichen Tiefdruckgebietes beherrscht.

Kleine Chronik.

Ein primitives Bergvolk.

Der Kilimandscharo, der höchste Berg Afrikas, in der Nähe des Äquators aus Tropengürtel mit seiner Höhe von vielen tausend Fuß in ewiges Eis und Schnee ragend, steht uns Deutschen besonders nahe, weil er in dem früheren Deutsch-Ostafrika gelegen ist.

Telephonierte Bilder.

Der 19. Mai wird ein wichtiger Gedanktag in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit sein, da an diesem Tage zum ersten Male ein Bild aus Cleveland im Staate Ohio nach New York telephoniert, d. h. auf Telephonbrühen übertragen wurde. Zwischen der Ausstellung dieses neuen Wunders im ersten Stockwerk eines New-Yorker Wollentrapers, jenem der American Telephone and Telegraph Company (Amerikanische Telephon- und Telegraphen-Gesellschaft), in vollständig entwickeltem, gebrauchsfertigem Zustand vor einer beträchtlichen Zahl von hervorragenden Sachverständigen und der Aufnahme des Bildes im Cleveland selbst waren genau 45 Minuten verstrichen, und die Zuseher hatten Gelegenheit, die New-Yorker Reproduktion des ersten nach einem neuen System der elektrischen Uebertragung hergestellten Bildes Punkt für Punkt, Linie um Linie zu beobachten, und so das Ganze, wie von einer magischen Hand nachgezeichnete Bildnis entstehen zu sehen. Zur eigentlichen Uebertragung des Bildes waren fünf Minuten erforderlich, und der Rest der angegebenen Gesamtdauer der Herstellung entfiel auf die Entwicklung und die damit zusammenhängenden Manipulationen. Ein Augenzeuge dieses in seiner Art einzigen kulturgeschichtlichen Vorganges schildert die Uebertragung in folgender spannender Weise: In einem Zimmerchen der Telegraphen- und Telephon-Gesellschaft im 11. Stockwerk spielte sich das denkwürdige Ereignis ab. Auf dem Tische des geschnittenen Apparats stand ein kleiner, unscheinbarer Apparat, nur durch das mystisch-rötliche Licht sichtbar, das das Instrument überstrahlte. Da erdient ein elektrisches, summendes Geräusch, dem flügelreißendes eines großen Insektes ähnlich. „Cleveland ist bereit“, ruft der junge Operateur am elektrischen Signaltisch. Ein Taster wird gedrückt und die zylindrische Rolle des Apparates beginnt zu rotieren, anfänglich mit einem leisen, kaum hörbaren, aber allmählich sich verstärkenden Brummen. Dann blüht ein Lichtpunkt auf der Oberfläche des Zylinders auf, auf dem sich die photographische Emulsionsmasse befindet. Der Lichtpunkt ist während eines Augenblickes winzig klein, vergrößert sich im nächsten, um dann wieder seine Größe zu verändern. Ein Sachverständiger flüstert seinem Nachbar zu, daß nunmehr das Bild in Lichtpunkten und -strichen aus Cleveland elektrisch übertragen werde, wie sich die Wellenbewegung eines Gespräches von der Membrane des Sprechapparats in einem Telephon auf jene des Empfängers überträgt. Nach dem Impuls des Stromes beringt und verbreitert sich der Lichtpunkt zum Lichtband. Derartige Lichtzeichen der Bildübertragung gibt es 66 zu jedem Raumzoll des Bildes. Da das zu übertragende Bild eine Größe von sieben Zoll hatte, so bedurfte es der Uebertragung von 466 Lichtzeichen zur Herstellung des Bildes auf dem Aufnahmeapparat in New York. Nach wenigen Minuten möhlte sich das Summen des rotierenden Zylinders, der Lauf der Maschine verlangsamte sich, und bald wurde allen Zusehern bekanntgegeben, daß das Negative des Bildes in der Uebertragung fertiggestellt sei.

Sodann wurden bei diesem ersten praktischen Experiment noch weitere Bilder auf demselben Wege übertragen, und zwar fünfzehn, insgesamt wohlgelegene Bildwerke im Verlauf von nicht ganz zwei Stunden.

In einer interessanten Erläuterung des Verfahrens bemerkt ein Fachmann der New Yorker Times, daß, so einfach das Prinzip des Uebertragens, so kompliziert die Fülle der Details sei. Das Ganze beruhe darauf, daß durch die photoelektrische Zelle jede Veränderung des elektrischen Stromes bewirke. Die Lichtquelle der Abgabemaschine ist dieselbe, wie jene einer gewöhnlichen Automobillampe. Es würde zu weit führen, die Aktion des wunderbaren Apparats in allen Einzelheiten zu verfolgen; auch wäre der Vorgang ohne Illustrationen schwer verständlich. Es scheint schon jetzt klar, daß das Telephonieren von Bildern in erster Linie von den Zeitungen aufgenommen werden dürfte. Auch anderweitige Anwendungen, im Sicherheitsdienst und vielen anderen Kategorien des menschlichen Bedarfs, scheinen so gut wie gewiß. Ein amerikanisches Blatt erinnert daran, daß gerade vor achtzig Jahren H. W. Morse am 24. Mai 1844 zum ersten Male seinen damals noch in den Anfängen stehenden Morseapparat vor einer Anzahl von wissenschaftlichen Fachmännern produziert und vom Obersten Gerichtshofgebäude in Washington nach Baltimore die Postkarte telegraphierte: „Was Gott vollbracht hat, das kann der Mensch nicht leugnen.“ Und es ist doch auch das erste telegraphierte oder telephonierte Bild als historische Reliquie daneben dem ersten Morsetelegramm seinen Platz finden werde.

Telle, die in der Slovakei. Die „Slovensky Vychod“ berichtet, ging über Rim. Kozava und die Umgebung ein Wollenbruch nieder, der binnen kurzem alle Höfe und Gärten unter Wasser setzte. Der Kozavakuch begann rasch zu steigen, wodurch der Südtteil der Gemeinde überschwemmt wurde. Von hier bahnte sich der Fluß den Weg auf den Marktplatz, woselbst zwei Fuhrwerke standen, von denen sich eines infolge der Weisheitsgegenwart des Kuchers retten konnte indem er die Pferde rasch ausspannte, die zwei vom Strom mitgerissen wurden, durch einen glücklichen Zufall jedoch gerettet wurden. Das zweite Fuhrwerk wurde jedoch samt dem Kuchler und den Pferden erfasst und mit größter Wucht gegen ein Haus geschleudert. Die Pferde wurden durch den Anprall getötet, während der Kuchler mit einem doppelten Beinbruch davonkam, jedoch erst nach einer Stunde aus seiner furchtbaren Situation befreit werden konnte. Zahlreiche Häuser wurden überschwemmt und viel Hausgerät vom Strom fortgerissen. Viele Leute suchten sich auf Bäume und Dächer flüchten. Zahlreiche Häuser und Ecken wurden vollkommen zerstört. Auch die Gemeinde Drzenie im Zwolener Gau wurde von einer Unwetterkatastrophe heimgesucht. Die Hagelkörner erreichten dort vielfach die Größe eines Hühneries, wodurch die ge-

samte Ernte vernichtet wurde. Dem Hagelschlag folgte ein Wollenbruch, wodurch die ganze Gemeinde überschwemmt wurde.

Die elektrische Wollenbahn. Von Verona bis zum Brenner wird eine elektrische Bahn gebaut. Die Arbeiten werden dieser Tage aufgenommen. Die Entfernung beträgt 237 Kilometer. Die Langgesellschaft besitzt die Konzession für 30 Jahre.

Gerichtssaal. Der Benzinprozeß.

Prag, 30. Juni. Die Verhandlungen vor dem Divisionsgericht zöhen sich ins Endlos. Die Zeugenvernahmen werden mindestens noch drei Tage dauern, worauf die Sachverständigenurachten und die verschiedenen Protokolle verlesen werden, so daß die Plädoyers nicht vor Donnerstag nächster Woche zu erwarten sind. Die Plädoyers und die Urteilsberatung dürften eine weitere Woche in Anspruch nehmen, so daß mit der Urteilsverkündung kaum vor dem 16. oder 18. Juli zu rechnen ist.

Heute wurde zunächst Oberst Rambousek, der Vorstand der Finanz- und kommerziellen Abteilung des Verteidigungsministeriums, einvernommen, der hauptsächlich über den Aufgabenkreis des Stabskapitän Dostal ausfragte. Dostal war tatsächlich Mitglied der Vergewaltigungskommission und sei ansgzeichnet informiert gewesen, da sämtliche Akten durch seine Hände gegangen seien. Der Zeuge kritisierte dann die Art der öffentlichen Befragungsausschreibungen, die sich bei schwer erhältlichen Waren nicht bewähren, da immer einige Firmen vorher informiert werden, wobei außerdem auch die Preise leicht in die Höhe getrieben würden. Auf die Anfrage des Verteidigers bezeichnet Rambousek den Stabskapitän Dostal als einen der solidesten Referenten, der nie Anlaß zu einem Einschreiten gegeben habe.

Auch der zweite Zeuge Stabskapitän Poladek, der unmittelbare Vorgesetzte Dostals, charakterisierte ihn als einen sehr gewissenhaften und intelligenten Referenten und stellte ihm das beste Zeugnis aus.

Major Kaplan auf freiem Fuß.

Prag, 30. Juni. Ueber Beschluß der Ratskammer des Divisionsgerichtes wurde Major Kaplan bereits auf freiem Fuß gesetzt, da sich Frau Bouabela ihrer Zeugnisaussage entschlagen hat und daher die Gefahr einer Verurteilung zwischen ihr und Kaplan nicht mehr besteht.

Volkswirtschaft.

Der Streit der Flaconschleier.

Der Streit der Flaconschleier dauert bereits die zwölfte Woche. Auf Grund einer Intervention des Zentralverbandes der Arbeiter beim Ministerium für soziale Fürsorge wurden für den 21. Juni 1. Z. neuerliche Verhandlungen in Gablonz angesetzt. An diesen Verhandlungen nahm als Vertreter der Regierung Zentralgewerbeinspektor Santrükel teil. Die Unternehmer der Flaconerie waren den Verhandlungen ferngeblieben, als Vertreter der Genossenschaft war der Vorsitzende Rabik, sowie der Sekretär erschienen.

Besonders bemerkt werden muß, daß beide Parteien einander nicht zu Gesicht bekamen. Die Vertreter der Behörden verhandelten einmal mit den Vertretern der Arbeiterschaft und dann wieder mit den Vertretern der Unternehmer. Von Seite des Zentralgewerbeinspektors wurde dann nachstehender Vorschlag eingebracht:

„Ueber Antrag des Herrn Ministerialrates Zentralgewerbeinspektor Santrükel wird behufs Beilegung des Konfliktes die Vereinbarung getroffen, daß die zuletzt als Uebergangsstadium geforderten 20 Prozent auf die Leuerungszulage in eine Erhöhung der Grundlöhne im denselben Ausmaße umgewandelt werden, welche mit dem Tage der Arbeitsaufnahme in Kraft tritt. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt sofort nach Annahme dieses Vorschlages durch die Vollversammlung der Genossenschaft sowie die Versammlung der Arbeiter. Die Verhandlungen wegen einer weiteren Lohnerhöhung sollen bis spätestens 15. August 1924 beendet sein.“

Es wäre nun zu erwarten gewesen, daß dieser Vorschlag in einer Versammlung der Genossenschaft Annahme finden und dadurch eine Beilegung des Konfliktes ermöglicht würde. Zu unserer Verwunderung konnten aber am Dienstag im „Gablonzer Tagblatt“ lesen, daß die Unternehmer in keine Verhandlungen mit der Arbeiterschaft mehr eingehen und ihren eingebrachten Standpunkt von früher, keine Zugeständnisse vor dem ersten September zu machen, auch weiter beibehalten. Auf telephonischen Anruf des Glasarbeiterverbandes wurde vom Sekretär der Genossenschaft mitgeteilt, daß die Unternehmer der Flaconerie über die Forderung der Arbeiterschaft nicht mehr verhandeln, sondern ihren früheren Standpunkt beibehalten.

Auf dieses hin intervenierten einige Genossen von der Streikleitung noch Dienstag bei mehreren Unternehmern, ob sie bereit wären, durch ihre eigenhändige Unterschrift zu bestätigen, daß sie den Vermittlungsvorschlag des Zentralgewerbeinspektors auf 20 Prozent Leuerungszulage annehmen. Zehn Unternehmer erklärten sich dazu bereit und die an demselben Tage abgehaltene Streikversammlung hat beschlossen, daß bei den

betreffenden Unternehmern die Arbeit wieder aufgenommen werden kann. Einige Unternehmer haben sich prinzipiell mit dem Samstagigen Vorschlag zur Lösung des Konfliktes einverstanden erklärt und es ist zu hoffen, daß sie dies auch durch ihre Unterschrift bestätigen.

Das ist ein Beweis dafür, daß die Möglichkeit vorhanden ist, den letzten Vorschlag, welcher ein großes Entgegenkommen von Seite der Arbeiterschaft bedeutet, anzunehmen, wenn man auf Seite der Unternehmer nicht den prinzipiellen Standpunkt vertritt, der Arbeiterschaft unter keinen Umständen etwas zu bewilligen.

Die Unternehmer haben die Hoffnung auf die Streikbrecher gesetzt, deren Anzahl nach einem einwöchentlichen Kampfe gering zu nehmen ist. Sie bauen darauf, durch Not die Arbeit erzwungen zu können, ohne Erfolg in die Betriebe zurückzukehren. Die Unternehmer im Rannitztal zeigen sich rücksichtslos gegen ihre „Vollgenossen“, wie es vielleicht in anderer Arbeiter nicht erwartet hätte. Die Arbeiterschaft in der Flaconerie ist entschlossen, nur bei jenen Unternehmern zu arbeiten, welche gewillt sind, durch ihre Unterschrift zu zeigen, daß sie den Vorschlag des Zentralgewerbeinspektors annehmen.

Vorhändelkonferenz der tschechischen Gewerkschaften.

Am Samstag fand in Prag eine Vorstandskonferenz der in der tschechischen Gewerkschaftsvereinigung organisierten Verbände unter dem Vorsitz des Abgeordneten Genossen Brozák statt, die eine Reihe bemerkenswerter Beschlüsse faßte. Nachdem zunächst der Zentralsekretär Taherle einen Bericht über den internationalen Gewerkschaftskongreß erstattet hatte, wozu eine Resolution angenommen wurde, welche die Beschlüsse dieses Kongresses billigt, befaßte sich die Konferenz mit der Sozialversicherung. In der zur Annahme gelangten Resolution wird der Beschluß der Gewerkschaftskommission vom 28. Juni, betreffend die rasche Befreiung der Sozialversicherung bestätigt. Die Konferenz spricht insbesondere den sozialdemokratischen Abgeordneten für ihre Arbeiten in den Ausschüssen das Vertrauen aus und wendet sich nochmals gegen jede Zersplitterung der Sozialversicherung. Ferner wurde gegen die Verknüpfung der Sozialversicherung mit der Frage der Getreidezölle entschiedener Protest eingelegt.

Gegen die Wätsch, die Sozialversicherung mit der Einführung der Getreidezölle zu erlassen, müssen die Gewerkschaftsorganisationen entschieden protestieren. Sie warnen auch entschieden vor der Wätsch, den Zollschutz zu erhöhen, damit so die Preise der heimischen Produkte beeinflusst werden. Jede Erhöhung der Zölle führt nur zur Verschlechterung der Lebenshaltung und zur Verschlechterung unserer Ausführungsbedingungen. Die Zollfrage muß sowohl vom internationalen wie vom nationalen Standpunkt sachlich und nur mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen und Konsumenteninteressen der Bevölkerung gelöst werden.

In derselben Resolution wird ferner die Verhandlung über das Gesetz betreffend die Arbeiterunfälle urgirt, die Unfallversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter, die Veränderung des § 82 der Gewerbeordnung und die Novellierung des Gesetzes über die Betriebsauschüsse.

Eine weitere Resolution befaßt sich mit der Ernennung eines Arbeitervertreter für die internationale Arbeitskonferenz in Genf. Die Regierung hat nämlich diesmal den Vertreter der tschechischen Gewerkschaften Abgeordneten Oufkál als Arbeitervertreter delegiert, ohne sich im Sinne der Friedensbestimmungen daran zu kehren, daß der Delegierte im Einvernehmen mit dem größten Gewerkschaftsverband zu ernennen ist. In der Resolution wird gegen diese Vorgangsweise heftiger Protest erhoben.

Vorgang ist auch der Beschluß betreffend die Bodenreform. Er lautet:

„Die am 28. Juni in Prag abgehaltene Konferenz der in der tschechischen Gewerkschaftsvereinigung vertretenen Verbände betont nach Anhörung eines Berichtes über die Durchführung der Bodenreform die Forderung, daß in der Frage der Bodenreform die wirtschaftlichen und sozialen öffentlichen Interessen gewahrt werden. Die allzu große Zersplitterung des Ackerbodens setze schon jetzt vielfach ungenügende Ergebnisse, welche die öffentliche Verpflegung bedrohen oder sie zumindest bedeutend schädigen. Andererseits verlieren tausende landwirtschaftlicher Arbeiter ihre Beschäftigung, ohne daß sie genügend Boden oder Entschädigung erhalten. Die Vorstandskonferenz betont daher, daß sie Aufgaben der Bodenreform nicht in der Stärkung des Privateigentums und Verschlechterung der landwirtschaftlichen Produktion besteht, sondern in der Vorbereitung und Unterstützung des gesellschaftlichen Eigentums auf dem Lande, insbesondere in der Hand von Gemeinden und Genossenschaften. Die Vorstandskonferenz beauftragt den Zentralgewerkschaftsrat, die Entwidlung der Reform zu verfolgen und die Interessen der Angestellten und Konsumenten zu wahren.“

Vertragslosigkeit in der Zuckerindustrie.

Die Einigungsverhandlungen gescheitert. Sonntag, den 29. Juni, logte im Saale des Bazaru Budenc in Pardubitz eine Versammlung der Vertrauensmänner der Zuckerindustrie-Arbeiter, die die Berichte der Organisationsver-

treter über den Stand der Verhandlungen für den Kollektiv-Vertrag 1924-25 entgegennahm und sich mit der gegebenen Lage beschäftigte. Die Meinung der Versammlung kam in einigen Beschlüssen zum Ausdruck, die ein Status quo gegenüber dem Vorjahre grundsätzlich ablehnten und eine Restrukturierung des Vertrages mit bestimmten Verbesserungen forderten. Gestern, Montag, fanden im Staatsbeiräte für die Zuckerindustrie in Prag die Schlussverhandlungen statt. Diese scheiterten hauptsächlich an der Weigerung der Industriellen, eine Restrukturierung des Vertragstextes vorzunehmen und an einer Differenz über die Höhe einer in diesem Jahre einzutretenden Zulage. Die Vertreter beider Vertragsparteien gingen ohne Einigung auseinander und es tritt demnach mit heutigem Tage in der Zuckerindustrie der vertragslose Zustand ein.

Der Zusammenbruch des Bodenkredit und die Machenschaften des Finanzministeriums.

Die Einleger der zusammengetragenen Bodenkredit, von denen 41 Prozent, also fast die Hälfte Einlegen nur bis zu 5000 K. sechs Prozent sogar nur Einlagen unter 1000 K. der Bank übergeben haben, haben dieser Tage eine Versammlung abgehalten, in welcher Ing. Jilek schwere Vorwürfe gegen das Finanzministerium erhob. Dieses Ministerium hat im vorigen Jahre mitgeteilt, daß es der Bodenkredit Mittel zur Verfügung gestellt habe und daß deswegen kein Anlaß zu Besorgnissen bestehe. Einige Tage nachher erfolgte der Zusammenbruch. Gerade zur Zeit, da die kleinen Einleger durch das Finanzministerium beruhigt werden sollten, war an Sparkassen und andere Geldinstitute, die in der Bodenkredit Einlagen hatten, eine verhängnisvolle Mitteilung ergangen, in der sie auf den unhaltbaren Stand des Instituts mit Bekanntheit einiger Bilanzdaten aufmerksam gemacht wurden. Dadurch haben sich die Banken und Sparkassen nicht geschüßt, sondern sie haben den Zusammenbruch der Bank direkt verschuldet, weil durch die Behebung ihrer Gelder die Liquidität der Bank herbeigeführt wurde.

Während also der Bankverband die Banken und Sparkassen warnte, erklärte das Finanzministerium, daß „kein Anlaß zu weiteren Besorgnissen bestehe“. Wie gerechtfertigt aber diese „Besorgnisse“ waren, dafür zeugt der Zusammenbruch der Bank, der kurze Zeit später erfolgte. Zumindest hat das Finanzministerium durch seine Uninformiertheit weiten Kreisen der Bevölkerung großen materiellen Schaden zugefügt. Das Ministerium ist verpflichtet, diese dunkle Angelegenheit aufzuklären.

Die Konzentration der Metallindustrie. Bürgerliche Blätter melden, daß gegenwärtig Verhandlungen zwischen der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft und dem Eisenwerk Březová wegen Fusionierung der beiden Gesellschaften gepflogen werden. Die Verhandlungen sollen günstig stehen und demnächst abgeschlossen werden.

Bildungsarbeit.

Bom „Haus der Arbeit“.

Der Vorstand des Revierrates für die Reviergemeinden Brüx Teplich, Komotau hat beschlossen, daß sich alle Betriebsräte an einer Exkursion in das „Haus der Arbeit“ in der Ausstellung für Wirtschaft und Kultur in Auftrag beteiligen sollen und daß der Revierrat, um jedem Betriebsrat den Besuch zu ermöglichen, die Fahrtauslagen und das Eintrittsgeld in die Ausstellung aus eigenem Verlangen wird. Die Exkursion fand am 29. Juni statt. Der Revierrat ließ sich bei seinem Beschlusse von folgenden interessanten Erwägungen leiten: „Das „Haus der Arbeit“ in welchem die Arbeits-, Lohn- und Lebensverhältnisse früherer Jahrzehnte und der Jetztzeit, die Kämpfe der Arbeiter, deren Erwerbsschwierigkeiten sinnbildlich vor Augen geführt werden, bietet eine wertvolle Bildungsquelle für die Betriebsräte, wie sie an keinem anderen Orte zu finden und zu keiner anderen Zeit auch vielleicht in der nächsten Zukunft geboten werden wird. Die Betriebsräte, die die geschäftlichen Vertreter ihrer Arbeitsgenossen sind, müssen, wollen sie die Rechte ihrer Arbeitskameraden wahren, mit dem nötigen Wissen ausgestattet werden. Am diese Aufgabe auch durchführen zu können. Der Revierrat würde es wünschen, wenn die Möglichkeit vorhanden wäre, daß alle Bergarbeiter ohne Ausnahme das „Haus der Arbeit“ besuchen, dort ihr Wissen bereichern könnten, damit sie ihre Rechte wirksamer vertreten könnten als es bis jetzt der Fall ist. Da es leider dem Revierrat nicht möglich ist, alle Bergarbeiter dorthin zu entsenden, so läßt er den Beschluß, wenigstens das Wissen der geschäftlichen Vertreter der Bergarbeiter zu fördern, damit diese das Interesse der gesamten Bergarbeiter wahrnehmen können.“

Bis jetzt: 25.514 Besucher

Das „Haus der Arbeit“ ist nun seit zwei Wochen geöffnet. Es wurde in der Zeit vom 7. bis einschließlich 29. Juni von insgesamt 25.514 Personen besucht, darunter von 11.970 jugendlichen und Kindern und von 13.611 organisierten erwachsenen Arbeitern. Am 28. Sonntag (8. Juni) wies unser „Haus der Arbeit“ einen Besuch von 863 Personen auf, am zweiten Sonntag (15. Juni) wurden 1824 Personen gezählt, am dritten Sonntag (22. Juni) 1423. Am letzten Sonntag des Juni schneite die Zahl der Besucher auf 2576 hinauf.

